

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den "Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Dr. teleph. erhaltene Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kasse nach Tarif, der jedoch bei geschäftl. Einreise, od. Konkurven hinwiegend wird. Erscheinungsort Altensteig, Gerichtsstand Nagold. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Kugelgenpreis: Die einseitige Seite über deren Raum 10 Pf., die Kellameile 45 Pf. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Kugelgenpreis: Die einseitige Seite über deren Raum 10 Pf., die Kellameile 45 Pf. Lieferung der Zeitung / Postsch. Kont. Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 288

Altensteig, Dienstag den 11. Oktober 1932

55. Jahrgang

Der neue Abrüstungsplan Frankreichs

Paris, 10. Okt. Laut „Politik“ geht der neue französische Sicherheits- und Abrüstungsplan dahin. Hoovers Memorandum als Grundlage zu nehmen, aber unter der Bedingung, daß dieser Plan durch Bestimmungen über die Organisation der Sicherheit durch gegenseitige Hilfeleistung ergänzt werde. Die Vereinigten Staaten würden, wie das Blatt weiter mitteilt, aufgefordert werden, die wirtschaftliche Blockade gegen den Angreifer zu Gunsten der Angegriffenen zu verbünden. England müßte darüber hinaus an einer Organisation gegenseitiger Hilfeleistung in Europa teilnehmen. Die von Deutschland geforderte Gleichberechtigung würde dann ohne Angelegenheiten möglich sein.

Londoner Stimmen

London, 10. Okt. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ berichtet, Macdonald habe Veriot nach London eingeladen, um die Abrüstungsfrage zu erörtern. Diese Zusammenkunft werde im Laufe der Woche erwartet. Die persönliche Antwort Verios an London, deren Inhalt der britische Botschafter in Paris am Samstag Verriot mitteilte, habe Verriots entschieden Widerstand gegen eine Erörterung des deutschen Anspruchs auf „Genf“ und unter Teilnahme aller Interessierten nicht überwunden. Infolgedessen habe Macdonald zu einem schon oft angewandten Verfahren gegriffen. Er habe den französischen Ministerpräsidenten fragen lassen, ob er bereit wäre, demnachst zu einer vertraulichen Besprechung nach London zu kommen. Verriot habe allerdings diese Anregung nicht gerade mit Beweisetzung aufgenommen.

„New Chronicle“ erklärt, daß Verriots neuer Abrüstungsplan ein sehr fragwürdiger Beitrag zur Befriedung der Welt sei. Ein Plan, der im Geiste des Sicherheitsabkommens abgefaßt ist, könne sich gerade auf den Grundbau des Nichterlaubens und der Furcht, die die Wurzel aller Krisen seien.

Die „Sunday Times“ verlangt, daß schnell gehandelt werde, um den deutschen Ansprüchen, deren moralische Berechtigung in England und Italien wohl anerkannt worden sei, gerecht zu werden.

Der „Observer“ erklärt in einem Leitartikel, daß eine wirkliche Lösung der Abrüstungsfrage nur nach einer gründlichen Veränderung des Versailler Vertrags erreicht werden könne, die das einzige Mittel sei, um Europa vor einem neuen Krieg zu bewahren.

Verriots Besuch bei Macdonald

Paris 10. Okt. Ministerpräsident Verriot hat den englischen Botschafter Lord Lothian empfangen. Wie Havas berichtet, besichtigte er sich, daß der französische Ministerpräsident im Laufe der Woche in London mit dem englischen Premierminister Macdonald zusammentreffen werde. Der Zeitpunkt der Begegnung der beiden Ministerpräsidenten sei noch nicht endgültig festgestellt. Die Begegnung werde entweder am Donnerstag und Freitag, oder Samstag und Sonntag, stattfinden.

Berlin, 10. Okt. Die Reichsregierung wartet, nachdem sie die Londoner Einladung angenommen hat, die weiteren diplomatischen Verhandlungen ab. Man gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Engländer den Vorschlag des Lord Lothian, die Konferenz nicht in London, sondern etwa in Genf oder Lausanne stattfinden zu lassen, ablehnen werden. Jedenfalls bezieht sich die Berliner Fassung lediglich auf London. Man hält Genf als Zusammenkunftsort für undiskutabel, weil ein solches Unternehmen ja lediglich eine Neuauflage der Abrüstungskonferenz bedeuten würde. Ebenso entschieden wendet man sich auch gegen Lausanne nach den letzten Erfahrungen vom Sommer. Man rechnet hier damit, daß die Zusammenkunft, falls sie überhaupt zustandekommt, am den 17. oder 18. Oktober herum einberufen werden wird.

Beginn der Lehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung

Berlin, 10. Okt. Demnachst werden die ersten regelmäßigen Lehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung beginnen. In dreiwöchigen Kurien sollen zunächst Hilfslehrer für den Gelände sport herangebildet werden. Hierzu können von allen Verbänden, die sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben, Teilnehmer vorgeschlagen werden. Die Kosten der Lehrlaufe auf den Gelände sportschulen trägt das Reichskuratorium. Unterkunft und Verpflegung sind für die Teilnehmer frei. Ebenso wird Bekleidung und Ausrüstung den Lehrgangsteilnehmern vom Reichskuratorium gestellt. Jede parteipolitische Betätigung in den Lehrgängen ist verboten. Mit den Landesregierungen hat eine Besprechung über die Aufgaben des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung stattgefunden und die Zustimmung sämtlicher Landesregierungen ergeben. Das Reichskuratorium, das nicht die gesamte Arbeit zentral leisten kann, wird zwölf Zweigstellen im Reichsgebiet einrichten, welche die Aufgaben haben, sowohl mit den Landesregierungen und Landesbehörden wie mit den Untergliederungen der Verbände enge Fühlung zu halten. Sie sollen ferner den Unterricht an den Gelände sport ihres Gebietes überwachen.

Preußens Klage gegen das Reich

Leipzig, 10. Okt. Unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke begann am Montag die Verhandlung der Klage gegen das Reich, die die Länder Preußen, Bayern und Baden angehängt haben. Es handelt sich um das Verfahren, das das größte deutsche Land in Gang gebracht hat, wegen der vom Kabinett Papen gegen Preußen verhängten Exekution vom 20. Juli. Die Jurisdiktion des Hauptsaales waren völlig besetzt. Unter dem Auditorium bemerkte man führende Juristen und Staatsrechtler aus allen Teilen des Reiches.

Die Projektarbeiten selbst sind durch die regelrechten Delegationen vertreten. Dabei hat es der Zufall gefügt, daß die Vertretung der preußischen Staatsregierung in der umfiedelten Anklagebank Platz gefunden hat, während die Vertretung des Reiches auf der gegenüberliegenden Seite ihre Plätze einnimmt.

Dem Richterkollegium gehören außer dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke als Vorsitzenden noch an als Beisitzer: Die Reichsgerichtsräte Schumy (Vorsitzender), Triefel, Dr. Schwalb sowie die Obergerichtspräsidenten Dr. von Müller-Berlin, Dr. Gumbel-München und Dr. Striegler-Dresden. Die Vertretung der preußischen Staatsregierung führt bekanntlich Ministerialdirektor Dr. Bracht.

Ehe die eigentliche Verhandlung beginnt, stellt Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke fest, daß der Reichskanzler als preußischer Reichskommissar nicht besonders vertreten ist. Der Vertreter des Reiches, Ministerialdirektor Dr. Gottscheiner, verweist darauf, daß diese besondere Vertretung sich erübrigt, wie das Reich bei seinen Schriftsätzen ausgeführt habe. Auch der preußische Vertreter Dr. Bracht beantragt, weiter zu verhandeln. Darauf hielt der Richterpräsident ein längeres Referat aus den verschiedenen Schriftsätzen der Projektarbeiten, das die Klagen des Reiches darlegt und die Auffassungen der Projektarbeiten wiederherstellt.

Nach dem mehr als einstündigen Referat gab der Vorsitzende Dr. Bumke eine Erklärung ab, in der er sich in aller Schärfe gegen die in der Öffentlichkeit zutage getretenen Vorwürfe, der Staatsgerichtshof habe die Verhandlung verschleppt, verwahrt. Nach seiner Auffassung sei von allen Seiten mit äußerster Kraft gearbeitet worden; was die Sache so lange aufgehalten habe, sei die Schwierigkeit der Materie. Es sei nicht die Aufgabe des Staatsgerichtshofes, darüber zu entscheiden, ob die Geschäfte, die hier angeschritten werden, politisch rechtmäßig oder politisch heilsam gewesen seien; der Staatsgerichtshof habe lediglich darüber zu entscheiden, ob sich die Ereignisse im Rahmen der Befassung gehalten haben.

Der Vorsitzende entwickelte dann das Verhandlungsprogramm. Zunächst soll die Hauptfrage geprüft werden: Welches war die tatsächliche Lage am 20. Juli, und worauf konnte sich die Annahme stützen, daß gegen Preußen vorgegangen werden mußte, wie vorgegangen worden ist.

Vor Eintritt in die Verhandlung über den erwähnten ersten Punkt erhält der Hauptprokurator der preußischen Delegation, Ministerialdirektor Dr. Bracht, das Wort zu einer Erklärung, in der er betont, daß Preußen keinen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten richten wolle. Die Klager bestritten jedoch auf das entschiedenste die Richtigkeit der Informationen, die dem Reichspräsidenten gegeben worden seien, die Richtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, wie man ihm vorgetragen habe. Gegenstand der Klage sei lediglich die rechtliche Zulässigkeit des Vorgehens der Reichsregierung. Zweck der Klage sei vor allem die Befreiung Preußens von dem aufs tieferste tränkenden Vorwurf, daß Preußen seine Pflicht nicht erfüllt habe. Die preußischen Minister stellten ihre Person dabei vollständig jurid.

Im Namen der bayerischen Regierung gab Staatsrat Jan die folgende Erklärung ab: Der Sinn der bayerischen Klage ist ein durchaus anderer als der Sinn der preußischen Klage. Die bayerische Klage richtet sich nicht unmittelbar auf die Verordnung vom 20. Juli, sie richtet sich nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft. Es kommt darauf an, im bundesrechtlichen Sinne die Grundlage für die zukünftige Anwendung des Artikels 48 zu rufen.

Für die badische Regierung erklärte Ministerialdirektor Dr. Fecht: Auch der badische Regierung kommt es darauf an, die absoluten und relativen Grenzen festzulegen, welche der Reichsregierung hinsichtlich der Anwendung des Artikels 48 gezogen sind. Die badische Regierung hält diese Feststellung für nötig, nachdem auch nach ihrer Meinung beim Vorgehen des Reiches gegen Preußen eine Auffassung der Reichsregierung zutage getreten ist, die die badische Regierung als mit der Verfassung nicht mehr für vereinbar anzusehen vermag.

Hierauf erhielt für die Klagepartei zunächst Ministerialdirektor Dr. Bracht das Wort zur Erörterung der Vorgänge vom 20. Juli. Einleitend führte er aus:

Seit den Septemberwahlen 1930 besteht eine eigenartige Krise im deutschen Parlamentarismus, nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich und in anderen Ländern. Nicht jede Krise im Parlamentarismus ist zunächst eine Krise des Parlamentarismus. Die besondere Krise des deutschen Parlamentarismus ist auf die großen, steigenden Wahlerfolge der NSDAP zurückzuführen. Nach parlamentarischen Regeln war es an sich erwünscht, die NSDAP an die Regierung zu lassen; nicht nur aus Gründen der Richtigkeit, sondern weil in dem Zwang zur Verantwortung der tiefe Sinn des parlamentarischen Systems liegt. Aber es bestand ernster Zweifel an der legalen Ausübung der Macht durch die NSDAP, die selbst verlangte: alles oder nichts. Das Problem, ob man unter diesen Umständen der NSDAP die staatliche Macht in die Hand geben kann, ist seit zwei Jahren und noch heute das große Problem der inneren Politik. Eine Mehrheit hat die NSDAP weder im Preussischen Landtag noch im Reichstag. Bisher haben alle verantwortlichen Stellen es abgelehnt, der NSDAP als Minderheit die entscheidende staatliche Macht in die Hand zu geben; das haben abgelehnt der Herr Reichspräsident und der Reichskanzler Brüning vom September 1930 bis Mai 1932 der Preussische Landtag vom Frühjahr 1932 bis heute, der Herr Reichspräsident und Reichskanzler von Papen Mitte August und nochmals Ende August. Die Ablehnung von Papens ging so weit, daß er ernste Versuche von Zentrum und NSDAP, zu einer parlamentarischen Basis zu gelangen, politisch durchkreuzte. In diesem verhältnismäßig gleichmäßigen Verlauf hat es eine Episode gegeben: Die Einigung von Papen, Hitler. Diese dauerte vom 1. Juni bis 13. August. Sie begann mit einem Vertrag. Die NSDAP versprach der Regierung Papen als Präsidialkabinett die Unterstützung und zwar ohne nationalsozialistische Beteiligung und für die ganze Dauer des Kabinetts. Dieser Versprechen gaben die Nationalsozialisten natürlich nur gegen bestimmte Zusicherungen ab. Diese waren u. a. Aufhebung des Uniformverbots, Wiedererlaubnis der verbotenen Sturmabteilungen, Befreiung der letzten preussischen Regierung, insbesondere der Leitung der Polizei. Am 14. Juni erfolgte darauf die verprovokante Aufhebung des Uniformverbots und des Verbots der Sturmabteilungen. Am 28. Juni wurde den Ländern verboten, etwas Ähnliches für sich allein zu machen. Sobald kam die Anknüpfung direkter Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kertl, um eine Reichsregierung in Preußen zustande zu bringen und schließlich am 20. Juli die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen.

Am 13. August erfolgte dann die Entzweiung mit der NSDAP. Dr. Bracht schilderte dann die Bedeutung der Episode Papen-Hitler vom polizeilichen Standpunkt und vom Standpunkt der Länder. In diesem Zusammenhang verweist Dr. Bracht auf die kürzlich veröffentlichte Statistik der Todesopfer. Der Kausalzusammenhang der ganzen Ereignisreihe liege klar zutage: Die Aufhebung des Uniformverbotes und die Steigerung der Anarchie, die darauf einsetzten und ebenso der Zusammenhang zwischen den Abmachungen bei der Einsetzung der Regierung von Papen und ihrer Unterstützung durch die Nationalsozialisten auf der einen Seite, und das Vorgehen gegen die preussische Regierung auf der anderen Seite. In dem Kampf gegen verbrecherische Vorkommnisse, die aus dem Lager der äußersten Rechten kamen, habe es zwei Möglichkeiten gegeben: die kriminalistische Bekämpfung und den politischen Versuch, die psychologischen Grundlagen zu ändern, aus denen heraus die Verstoffe begangen wurden. In den Kreisen des Reichskanzlers von Papen habe man offenbar den zweiten Weg gehen wollen, um so den Aufschwung der nationalsozialistischen Bewegung zu betonen und zu bekämpfen. Über dabei hätte er die Grenzen der Verfassung wahren müssen, und das sei bei der Ablehnung der preussischen Regierung nicht geschehen.

Dr. Bracht geht dann ausführlich auf die Vorwürfe ein, die die Reichsregierung als Grundlage ihres Vorgehens gegen Preußen erhoben habe. Dem damaligen Staatssekretär im preussischen Innenministerium, Abegg, sei unterstellt worden, er hätte den Kommunisten erklärt, sie möchten Terrorakte vornehmen, sie aber auf eine bestimmte Weise verschleiern. Es sei unfähig, daß diese Unterstellung noch nicht zurückgenommen sei. Dr. Bracht erwidert dann, daß die Reichsregierung erst nachträglich durch emsige Durchsuchen der Akten und Ausfragen von Beamten über ihre bisherigen Vorgelegten noch einige weitere Vorwürfe gegen Preußen habe feststellen versucht.

Der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Gottscheiner vom Reichsinnenministerium, führt u. a. aus: Der Vorsitzende hat betont, daß in der Verhandlung hier nur erörtert werden soll, was für die Entscheidung der Verfassungsfrage, also für die Entscheidung der Rechtsfrage aus Artikel 48 usw. von Bedeutung sei. Nach meiner Ansicht müssen alle Vorgänge aus der Erörterung ausgefallen, die nach dem Erlass der Verordnung vom 20. Juli 1932 sich ereigneten. Selbstverständlich kann man auch für Vorgänge, die der Verordnung vom 20. Juli vorausgehen, eine wesentlich andere Darstellung geben, als es der Vertreter des preussischen Staatsministeriums tat. Ich

müß betonen, daß die blutigen Vorgänge, die sich seit geraumer Zeit insbesondere im Osten abgepielt haben, bereits zu einer Zeit, die der Verordnung vom 20. Juli lang vorangeht, nach Auffassung der Reichsregierung zu einem wesentlichen Teil auf die völlig einseitige Behandlung zurückzuführen sind, die man der ständig wachsenden nationalsozialistischen Bewegung hat angedeihen lassen. Die Reichsregierung tritt der Auffassung über die Unzweckmäßigkeit ihrer Maßnahmen, die der preußische Vertreter heute vortrug, nachdrücklich entgegen. Ihre Maßnahmen sollten dem Zwecke dienen und haben auch dem Zwecke gedient, für den Erregungsstoff, der sich durch die einseitige Behandlung der Nationalsozialisten angehäuft hatte, ein Ventil zu schaffen und damit einem politischen Ausbruch, einem Bürgerkrieg vorzubeugen. Gegenüber Ministerialrat Dr. Brecht muß ich noch eines betonen: es ist nicht wahr, daß zwischen der gegenwärtigen Reichsregierung und der nationalsozialistischen Bewegung irgend eine Vereinbarung getroffen sei, welche das Vorgehen gegen die preussische Staatsregierung zum Gegenstand gehabt habe.

Die objektive Sachlage, die das Vorgehen des Reiches für die Verordnung vom 20. Juli notwendig gemacht hat, ist in erster Linie durch die blutigen Unruhen des Sommers 1932 gekennzeichnet. In der Presse wurde allgemein bereits von einem Zustande des Bürgerkriegs gesprochen. Diese Gefahrenlage, die am härtesten in Preußen hervortrat, wurde für dieses Land durch das Verhalten und die parteipolitische Lage der damaligen geschäftsführenden preussischen Regierung erheblich gesteigert. An der Staatsfeindlichkeit der Kommunistischen Partei — das kann man wohl ohne jeden Zweifel aussprechen — ist nicht zu zweifeln. Gerade aber diese Partei konnte vermuten, daß die damalige preussische Regierung aus parlamentarisch-legalistischen, wie aus anderen Gründen gegen die Kommunisten nicht mit letzter Entschiedenheit vorgehen werde, sondern sich die Möglichkeit einer gemeinsamen Front gegen den Nationalsozialismus offen halte und daß sie sich mit den Kommunisten in dem gemeinschaftlichen Gegenzug zu den Nationalsozialisten verbunden fühle.

Die Tatsache der heftigen innerpolitischen Gegenrichtung gegen die Reichsregierung, aus der die damalige politische Leitung Preußens kein Hehl machte, mußte die Kommunisten in dieser Ueberzeugung bekräftigen. Die Reichsregierung hat in ihren Schriftstücken dem Staatsgerichtshof Material zur Illustration dieser Lage vorgelegt. Ich erinnere an die Rede, die der damalige aktive Berliner Polizeipräsident Gezeßnast am 26. Juni 1932 in Wägebud gehalten hat, in der wörtlich gesagt wurde: „Sozialdemokraten und Kommunisten sollten sich an feiner Stelle Schamiergeiten bereiten.“ Ich darf weiter an die von Gezeßnast vorgenommene Ausschaltung einer Reihe von Organisationen seiner Partei und auch einer kommunistischen Organisation mit Waffen erinnern. Ich erinnere weiter an die Vorgänge, die sich an das Verbot des „Vorwärts“ anschlossen. Es muß festgestellt werden, daß in der Haltung des preussischen Innenministers ein Akt lag, der mit seiner Beamtenstellung nicht vereinbar war. Für die Reichsregierung wurde schon durch diese Haltung Severings die Frage, ob das Reich die gefährlichen Zustände in Preußen weiter so treiben lassen könne wie bisher, in höchstem Grade akut. Wenn das Reich mit seinen Maßnahmen noch zuwarten würde, so war von Einfluß hierauf der Aufruf, den Minister Severing am 13. Juli gegen den Bürgerkrieg ertieß. Aber schon am 14. Juli rief derselbe Minister in einer öffentlichen Versammlung in den Tennisbahnen in Berlin: „Jagen wir am 31. Juli die Regierung von Papen und ihre nationalsozialistischen Helfershelfer davon“. Eine derartige Erklärung eines amtierenden preussischen Ministers gegen eine amtierende Reichsregierung ist unbedingt eine Maßnahme, die in keiner Weise mit seiner Beamtenstellung vereinbar ist. Gleichzeitig erhielt die Reichsregierung aus vertrauenswürdigster Quelle Kenntnis von geheimen Verhandlungen zwischen dem preussischen Innenministerium und kommunistischen Führern. Inhalt dieser Verhandlungen waren Bedingungen und Gegenleistungen für die Förderung und Begünstigung der kommunistischen Partei. Das Bekanntwerden dieser Tatsache, deren Richtigkeit sich später in vollem Umlange bestätigt hat, offenbart bei der geschichtlichen politischen Gesamtlage, die gerade in diesen Tagen durch das Blutbad in Altona der ganzen Welt traf, vor Augen geführt wurde, eine so brennende Gefahr für das Deutsche Reich, daß nunmehr ohne jedes Zögern von der Befugnis Gebrauch gemacht werden mußte, die Artikel 48 der Reichsverfassung für Fälle dieser Art in die Hand gibt. Es wäre unverantwortlich gewesen, den offenen Ausbruch des Bürgerkrieges abzuwarten. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli war der einzige Weg, zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes zu gelangen.

Sodann ging Ministerialdirektor Dr. Gottheiner zur Schilderung der tatsächlichen Vorgänge am 20. Juli über. Er erklärte, nicht anerkennen zu können, daß die Darstellung von Ministerialdirektor Dr. Brecht in allen Teilen vollständig gewesen sei. Es sei die Tatsache, daß die sämtlichen ihres Amtes enthobenen Minister ihre vollen Bezüge weiter erhalten haben. Tatsache sei es auch, daß Ministerpräsident Braun jedenfalls auf diesen Umstand sehr großen Wert gelegt habe, denn er habe sich sehr bald nach der Enthebung vom Amte nach dieser Frage erkundigt und sich sehr befriedigt erklärt, als ihm die Antwort gegeben wurde, daß er seine Bezüge weiter erhalten würde. Ministerialdirektor Dr. Brecht versucht erregt zu unterbrechen, wird aber vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß Zwischensprüche nicht statthaft seien.)

Zum Schluß erklärt Ministerialdirektor Gottheiner, Minister Severing habe die Sachlage, die der Reichsregierung Veranlassung zu ihrem Vorgehen gegeben habe, genau so beurteilt, wie die Reichsregierung selber.

Eine Erklärung Severings zu den Verhandlungen in Leipzig
Berlin, 11. Okt. Minister Severing, der gestern in Weidau in einer Wählerversammlung sprach, hat einem Vertreter der „Sächsischen Zeitung“ gegenüber mit Bezug auf die Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Gottheimer, daß er dem Reichsinnenminister v. Gaal die Einsetzung eines Reichskommissars selbst empfohlen habe, folgendes erklärt:

„Ich habe niemals Herrn v. Gaal zu der Einsetzung eines Reichskommissars ermuntert. Ich habe ihm in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mir sehr wohl denken könne, daß nach der Reichstagswahl die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Vermittlung näher zu bringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und Reichskanzler Brüning erörtert worden ist: in einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen. Ich habe aber andererseits im Gegenteil dringend gebeten, nicht ohne geschlossene Grundlage einen Reichskommissar einzusetzen. Ich habe späterhin auch eine öffentliche Erklärung über mein Gespräch mit Herrn v. Gaal veröffentlicht, als Gerüchte im

Gange waren, daß das Reichsinnenministerium die preussische Polizei auf das Reich übernehmen wolle. Ich habe Herrn v. Gaal gefragt, ob er die Quelle dieser Gerüchte kenne. Herr v. Gaal hat damals vorneint und dabei sich noch auf meine Erklärung bezogen, daß die preussische Polizei seit in der Hand der Regierung sei. Ein anderes Gespräch über die Einsetzung des Reichskommissars habe ich mit Herrn v. Gaal nicht gehabt.“

Parteien und Auswärtiger Ausschuß

Berlin, 10. Okt. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. erzählt, wird sich auch das Zentrum an den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages am Dienstag nicht beteiligen. Es wird lediglich den Abgeordneten Dr. Bell als Beobachter in den Ausschuß entsenden. Die Sozialdemokraten werden sich erst am Dienstag vormittag darüber schlüssig werden, ob eine Teilnahme an den Beratungen einen Zweck hat angeht. Da die Deutschnationalen schon mitgeteilt haben, daß sie an der Ausschlußnahme nicht teilnehmen werden, ist es möglich, daß Nationalsozialisten und Kommunisten allein bleiben werden.

Dr. Goebbels will in einer deutschnationalen Versammlung sprechen

Berlin, 10. Okt. Im „Angriff“ wird ein Brief von Dr. Goebbels an die Reichsparteileitung der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht, in dem Dr. Goebbels mitteilt, daß am kommenden Mittwoch im Berliner Sportpalast eine Massenfundgebung der NSDAP stattfindet, in der er mit Landtagspräsident Kertl eine Auseinandersetzung mit dem Reichskanzler und der hinter ihm stehenden Deutschnationalen Volkspartei beabsichtigt. Dr. Goebbels ersucht, zu dieser Versammlung einen Redner zur Diskussion zu entsenden, dem eine Stunde Redezeit zugewilligt wird. Dr. Goebbels garantiert ihm mit seinem Wort, daß ihm kein Schaden zugefügt und die Versammlung ihn ohne Zwischenfälle und ohne Mißfallensfundgebungen Gehör spenden werde. Sollte Geheimrat Hugenberg diese Bedingung als nicht tragbar erachten, so erklärt sich Dr. Goebbels bereit, in jeder deutschnationalen Versammlung auf Anforderung als Diskussionsredner zu erscheinen, wenn ihm dabei eine halbe Stunde Redezeit zur Verfügung gestellt wird. Von maßgebender deutschnationaler Seite erfahren wir hierzu, daß das Angebot des Dr. Goebbels angenommen wird und zwar in der Form des zweiten Vorschlages.

Vorstandstagung der Deutschen Volkspartei

Erlau, 10. Okt. Auf der Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei wurde Abg. Dingeldey durch Jurut zum Vorsitzenden gewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Abg. Dr. Böhm-Kemtschid, Admiral a. D. Kemmann-Weisig und Proturist Heidenreich-Halle. In seinem politischen Bericht sagte Dingeldey: Die DVp. beauftragt es, daß die sozialen Härten der Notverordnung vom Juli gemildert werden sollen. Der Regierung wäre aber nicht zu raten, wenn sie einseitigen Gebotensgängen in handelspolitischen Fragen baldige. Die DVp. wolle den Schutz der heimischen Arbeit, besonders auch die Rentabilität der Landwirtschaft. Es dürfe aber nicht durch eine Politik der Kontingente, die den Abwehrräumen anderer Länder betrübe, die deutsche Ausfuhr geschädigt werden. Bei allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten dürfe man die zeitigen Wandlungen des deutschen Volkes nicht übersehen. Eine Bewegung, die in unheiliger Nachahmung des italienischen Faschismus die Freiheit unterbinde, passe nicht zum deutschen Volkstum. Die DVp. stehe hinter Hindenburg in der Ueberzeugung, daß seine Größe Deutschland einen festen Halt in dieser sätenden Zeit ist. Es sei ein technisches Wohlabkommen mit den Deutschnationalen geschlossen worden.

Tagung des Evangelischen Bundes

Kassel, 10. Okt. In der 38. Generalversammlung des Evangelischen Bundes, die vom 7. bis 9. Oktober in Kassel abgehalten wurde, nahmen über 300 Abgeordnete aus allen Teilen des Reiches teil. In den in der Gesamtvorstands- und Abgeordnetenversammlung aufgestellten Forderungen des deutschen Protestantismus für Staat und Kirche heißt es u. a.:

Wir fordern eine kraftvolle und aerechte, vor Gott verantwortliche Staatsführung, die bewußt dem durch die Geschichte geformten Volkstum dient und darum Gebot und Befehl fordert. Die Regierung muß alle Kräfte einsetzen für die Freiheit unseres Volkes. Bei der Anstellung der Beamten darf der Staat nicht nach der Konfessionszugehörigkeit, sondern allein nach der Befähigung und Leistung fragen. Ehe, Familie und Sittlichkeit sind als Grundtöne aller Volkstugend zu fördern und vor Verletzung zu schützen. Für die gesamte Jugend des evangelischen Volkstums wird eine auf evangelischem Christentum und deutscher Art begründete Erziehung verlangt. Der Staat muß jeder Herabwürdigung und Verletzung des religiösen Bewußtseins entgegenzutreten.

In den sich an die Forderungen anschließenden Richtlinien heißt es, daß der Evangelische Bund die Pflicht habe, die deutsch-protestantischen Interessen auch im politischen Leben und durch politische Mittel zu wahren. Der Begründung einer politischen Partei auf konfessioneller Grundlage stehe der Bund nach wie vor mit schwerem Bedenken gegenüber. Für kirchliche Wahlen fordert er die Ausschaltung jedes parteipolitischen Handelns.

Neues vom Sage

Die Verwaltungsratsitzung der B33.

Sasel, 10. Okt. Die Verwaltungsratsitzung der B33 befahle sich lediglich mit der Erledigung bankmäßiger Angelegenheiten. Aus den wenigen gefassten Beschlüssen ist erwähnenswert die **Verlängerung der Kredite für Oesterreich, Ungarn und Jugoslawien**, die noch im Laufe dieses Monats fällig geworden wären, für weitere drei Monate.

8. Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen, 10. Okt. „Graf Zeppelin“ ist Sonntag abend 22.44 Uhr unter Führung von Kapitän Ledmann zu seiner 8. Südamerikafahrt nach Pernambuco gestartet. An Bord befinden sich 12 Passagiere, darunter Ministerialdirektor Dr. Brandenburg vom Reichsverkehrsministerium, Reichsabteilungsleiter Dr. Dorsch, Kommandant Seiffel, der Stabsarzt in diesem Jahre Gordon-Bennett-Flug. Von Pernambuco geht die Fahrt nach Rio de Janeiro.

Berschlebung der Zentrumsfundgebung in Münster

Berlin, 10. Okt. Die für den 14. Oktober in Münster i. W. geplante Kundgebung des Zentrums ist aus besonderen Gründen auf Montag den 17. Oktober verlegt worden. Der Vorsitzende der Partei, Dr. Kaas, wird am Nachmittag in der Stadthalle sprechen.

Ein salomonisches Urteil

Limoges, 10. Okt. In dem Dörfchen Grand-Conteil wurde der Bäuerin Frau Gerbe von ihrer Nachbarin ein Huhn gestohlen. Die Diebin brachte das Huhn gleich zum Markt und wollte es verkaufen. Daran wurde sie durch einen Polizeifin gebindert, der inzwischen von der Eigentümerin benachrichtigt worden war. Die Diebin leugnete aber entschieden und es gab weder Zeugen noch besondere Merkmale an dem Huhn, wodurch der Diebstahl hätte bewiesen werden können. Schließlich kam der Polizist auf einen geradezu salomonischen Ausweg. Er nahm das Huhn und legte es genau in der Mitte der beiden Höfe auf die Erde und sah zu, in welchen Hof es lief. Das Huhn befand sich nicht lange, sondern kehrt auf der Stelle gadernd in den heimischen Hühnerstall zurück, so daß die Diebin entlarvt war.

Gerdaener Gemeindevahlen

Gerdaen (Ostpreußen), 10. Okt. Bei den Stadtverordnetenwahlen blieb die Wahlbeteiligung mit 84 Prozent weit hinter der der letzten Reichstagswahl (94 Prozent) zurück. Bei der Wahl entfielen auf NSDAP 489 Stimmen (Reichstagswahl 1932), SPD 593 (896), Bürgerliche Einheitspartei 164 (219), KPD 170 (217), Christlichsozial 151 (101).

Eigene Listen der Landvolkpartei

Berlin, 10. Okt. Der Parteiaussschuss des Deutschen Landvolkes hat in einer Tagung einstimmig beschlossen, daß die Landvolkpartei bei den bevorstehenden Reichstagswahlen eigene Listen vorsetzt. Verhandlungen zum Zusammenschluß mit anderen Gruppen stehen vor dem Abschluß.

Notlandung v. Gronaus im Indischen Ozean

Manila, 10. Oktober. Ein weiterer Junkspruch v. Gronau bejagt, daß er mit seinem Wasserflugzeug etwa 200 Meilen südlich von Rangun bei hohem Seegang treibe. Sein Niedergang auf See sei durch Bruch der Wasserpumpe verursacht worden.

Hilfeleistung für Gronau

Manila, 10. Okt. Bei der Funktion Manila ging ein Junkspruch v. Gronaus ein, in dem er mitteilt, daß der Dampfer „Caragala“ ihm die gewünschte Hilfeleistung bringen werde. Vorausichtlich wird das Flugboot nach Negau eingeschleppt werden. Es dürfte mit einer mehrstägigen Unterbrechung des Fluges für die Reparatur des defekten Rotors gerechnet werden.

Aus Stadt und Land

Altentag, den 11. Oktober 1932.

— Warum das Laub fällt. Wenn man zur Herbstzeit durch die Wälder der deutschen Landschaft geht, und die ersten Färbungen des Laubes beobachtet, dann denkt man an die Dichter, die vom Herbst als vom Beginn des großen Sterbens in der Natur sprechen. Aber dem ist nicht so. Die Verfärbung des Laubes ist nicht ein Zeichen des Absterbens, sondern ein Zeichen des Lebens. Das Blatt des Baumes speichert in seinen Zellen im Laufe des Sommers große Mengen von Chlorophyll (Blattgrün), auf das eminent wichtige Aufgabe hat, den Atmungsprozess der Pflanze zu beschleunigen. Bei dieser Tätigkeit findet eine starke Verdunstung von Wasser statt. Im Herbst, wenn der Wassermangel in der Natur eintritt, dann hilft sich die Pflanze dadurch, daß sie die großen Verdunstungsflächen abwirft, denn im Winter wäre sie nicht in der Lage, in dem getrockneten Boden soviel Wasser zu finden, um auch ihre Blätter überwintern zu können. Sie greift daher zu dem einfachen Mittel, sich ihrer Blätter zu entledigen, aber nicht ohne vorher das so außerordentlich wichtige Blattgrün wieder zurückgenommen zu haben. Im Herbst beginnen die kleinen Chlorophyll-Körperchen in den Stamm des Baumes zurückzuwandern, wo sie überwintern. Das hat zur Folge, daß das Blatt sich verfärbt. Es ist also ein lebenserhaltender Vorgang, der die Pflanze veranlaßt, sich zu färben und schließlich die Blätter abzuwerfen. Nun beginnt nämlich zwischen Ast und Blattstiel von außen nach innen eine kleine Korkscheibe zu wachsen, die die Wunde, die entstehen würde, wenn das Blatt abgerissen würde, verschließt. In dem Augenblick, wo die Korkscheibe sich vervollständigt hat, hängt das Blatt lose am Ast. Ein schwacher Luftzug, meist sogar nur die eigene Schwere, genügen, um das Blatt vom Ast zu lösen und zu Boden fallen zu lassen. Wenn also im Herbst das Laub fällt, so ist das ein Zeichen, daß die Pflanze oder der Baum sich für den Winter vorbereitet hat, indem er sein Laub preisgibt sein Leben zu erhalten trachtet.

— Neuer Forsttarif für Württemberg. Die Lohn- und Larifverhandlungen, die zwischen der württ. Forstdirektion und den Arbeitnehmerverbänden am 7. Oktober stattfanden, führten unter Vorbehalt einiger nachträglicher Ergänzungen zu einem Abschluß. Der Forsttarif gilt auf ein weiteres Jahr und fortlaufend, wenn er nicht jeweils zwei Monate vorher gekündigt wird. Die Lohnsätze bleiben unverändert, jedoch behält sich die Forstdirektion vor, nach Klärung der Rechtslage auf Grund der Notverordnung etwaige Kürzungen im Zusammenhang mit Neueinstellungen vorzunehmen. Die Wöchentlich der Arbeitszeit und Wegeentfernung, die beide aus dem Tarif entfernt werden soll, besteht noch Uneinigkeit, da die Arbeitnehmer wohl weitgehend entgegenkommen, jedoch nicht ganz darauf im Tarif verzichten wollen. Fünf Forstämter wurden neu eingestuft. Der Tarif ist auf ein Jahr abgeschlossen.

Wieder Arbeit für 17 500 Werttätige während der Bauzeit hat die Gemeinschaft der Freunde Wälder in Ludwigsburg mit ihrer soeben erfolgten dritten diesjährigen Bauabteilung von 4,3 Millionen RM. an 353 deutsche und österreichische Baupartnern geschaffen. Bis heute hat diese größte deutsche Baupartnerei 13 290 deutsche und österreichische Eigenbeime mit über 196,4 Millionen Reichsmark finanziert.



Versammlung der NSDAP. Den Auftakt der Wahlversammlungen zur neuen Reichstagswahl bildete am Sonntagabend die Versammlung der NSDAP im „Grünen Baumhof“. Der vorgezeichnete Redner, Reichstagsabgeordneter Dreher-Wilm war durch eine Tagung in München am rechtzeitigen Erscheinen in Altensteig leider verhindert und traf auch im Laufe des Abends nicht mehr ein, so daß Landtagsabgeordneter P. H. B. H. H. H. Nagold für ihn einsprang und in einer zweistündigen Rede die augenblickliche politische Lage unummwunden klar darlegte. Es ist ihm ohne jeden Zweifel völlig gelungen, die leise Enttäuschung der vielen Zuhörer, die ursprünglich den Reichstagsabgeordneten Dreher hören wollten, restlos zu beseitigen und volle Zustimmung seiner Ausführungen zu finden. Nach einer kurzen Begrüßung durch Karl St. e. b. jr. ergriff er sofort das Wort, um zuerst auf die gegenwärtige Stimmung zur NSDAP einzugehen: Unter einzigem Tun und Wollen ist ein nationales Deutschland aufzubauen. Jeder Weg muß begangen und jedes Mittel muß angewandt werden, um zu diesem Ziel zu gelangen. Sicher gibt es viele, denen es allmählich zu lange dauert und die auf die 230 Abgeordneten andere Hoffnungen gesetzt haben. Wir konnten hier nichts erreichen. Wir haben mit dem Zentrum Verhandlungen angeknüpft, aus der Erkenntnis heraus, die Arbeitsbeschaffung zu fördern, da es unerantwortlich ist, noch einmal mit diesem Heer von Erwerbslosen in den Winter hineinzugehen. An der augenblicklichen Regierung ist alles gescheitert. Böhmer geht in diesem Zusammenhang auf die Vorgänge der Reichstagsauflösung und der Reichstagsauflösung ein und gibt hierüber ein anschauliches Bild. Der Reichstag sei nicht deshalb aufgelöst worden, weil er etwa nicht arbeitsfähig gewesen wäre, sondern weil es dem Reichstanzler so erwünscht war. Die Mitglieder der Regierung, die mit ihrer parteilosen Stellung nun so sehr glänzen, waren kurz vorher sämtlich Anhänger bzw. Abgeordnete der verschiedensten Parteien und machen nun mit einem Mal der NSDAP, den Parlamentarismus zum Vorwurf. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Handlung Dillers, der Regierung Papen den Kampf anzulagen, nachdem er erkannt hatte, daß dort die nationalen Belange nicht vertreten wurden, der Partei neue Anhänger zuführen wird, wenn auch dafür manche ins andere Lager hinüberwandern werden, die sich dort standesentsprechender zu fühlen glauben. Die Partei ruht nicht eher, bis auch Reichspräsident von Hindenburg einmal seine Ansicht ändern wird, daß er erkennen muß, daß das Deutschland von heute, daß das gleiche Deutschland des Weltkrieges und seiner unzähligen Schicksale nicht hinter Papen und nicht hinter dem „Herrenklub“ steht, sondern mehr denn je hinter dem ehemaligen Gefreiten Adolf Hitler. Das, was Hitler geschaffen hat und wofür er 14 Millionen Deutsche hinter sich hat, wird durch diese Regierung zerstückelt werden. Kurz vor der endgültigen Niederwerfung des Klassenregimes reißt diese Regierung die Luft wieder auf: Sie Bourgeoisie, die Proletariat. Es wird kein Wunder sein, wenn dies in den kommenden Monaten zu allerlei Ausfällen und zu Massenstreiks führen wird. Der Staat muß in erster Linie das Wohlstand des Volkes haben, aber wenn er zuläßt, daß dies an den Taschen verarmt und verhöhnt wird, wie es in Form der Steuererhöhungen eintritt, dann ist er kein Staat mehr. Eine Minderheitsregierung ist gewiß auch im Sinne der NSDAP, begründet durch die Tatsache, daß der Großteil des Volkes politisch nicht aktiv sein will und geführt zu werden wünscht, aber nicht im Sinne der Diktatur Papens. Eine Diktatur muß von dem Willen des Volkes getragen werden und ist damit auch sofort von dem strenger Sinn dieses Wortes erfüllt. Ein Scharführer ohne Fühlung mit dem Volk, ein Scharführer gegen die Meinung und den Willen des Volkes ist eine Stellung im lustleeren Raum, sie ist schließlich unmöglich, es fehlt die Substanz. Aus diesem Grund kann es für die NSDAP keine teilweise Durchführung ihres Programms geben, es gibt nur ein Weg: Die Durchführung als großes Ganzes, das Entweder-oder. Es kann wohl die Gegenseite mit den einzelnen Ideen der NSDAP, haarklein gehen, es ist aber ein zweifelloser Mißton, da die Vertiefung in das Geistige der Idee dieser Bewegung fehlt. Landtagsabgeordneter Wagner kommt im weiteren Verlauf seiner Rede auf die Steuerwirtschaft zu sprechen, auf die Not und den Geldmangel vieler Gemeinden, die vielfach die gesamte Unterteilung für ihre Fortsorge verwenden müssen. Der größte Teil der Steuern wird von den kleinen und mittleren Betrieben aufgebracht, dagegen haben sich die verschiedenen Konzerne längst schon von der Zahlung einer Einkommensteuer befreit. Noch immer verschwindet Geld ins Ausland, während wir die hohe Zinsslast zu tragen haben. Es ist schade für jeden Augenblick, in dem die NSDAP die Macht noch nicht in Händen hat. Sie wird aber auf jedem Wege dahin gelangen und wird den Herren zeigen, wo das Volk steht. Man kann für den Augenblick wohl ohne Reichstag regieren, aber nicht ohne das Volk. Die haben nicht gemerkt, daß ein neues Deutschland im Aufbruch ist, daß heute 14 Millionen Deutsche aller Stände, Arbeiter, Bauern und Beamte, das Alter sowie die Jugend verlangen, daß Adolf Hitler die Fäden in die Hand nimmt. Auf eine nationale Erziehung der Jugend muß das Gewicht gelegt werden. Großes ist stets von begeistelter Jugend geschaffen worden, aber sie braucht eine Etappe und das ist eine Heimat, auf die sie sich verlassen kann, die sich verkörpert in den Keltern, in der deutschen Frau und Mutter. Das Geld und auch das blaue Blut abelt nicht, im Verzen für der Adel und hier heraus kommt das Feuer und die Einheitsfrontpolitik, für Deutschland einzutreten. Die NSDAP kämpft nicht für eine Partei, sie ist ja keine Partei im üblichen Sinne, sie will das ganze deutsche Volk aus der Not u. dem Elend führen. Sobald ein politischer Machtfaktor geschaffen ist, geht es wirtschaftlich wieder besser. Die Preisentstehung wurde wohl durchgeführt, aber gleichzeitig auch die Kaufkraft geschwächt. Und davon hängt doch jeder Auffstieg und das Wohlergehen des Volkes wieder ab. Niemand könnte uns etwas anhaben, wenn wir Arbeiter, Bauern, Angestellte etc. alle einzig wären zum Wohl der Allgemeinheit. Dazu muß man in erster Linie deutsch sein. Gleichgültig, was die nächsten Wochen bringen werden, wir kämpfen bisher und kämpfen weiter. Unser Denken, unser Fühlen und unser Handeln sei stets deutsch, deutsch und nochmals deutsch. — Zur Diskussion meldete sich Herr B. a. d. e. r, der sich in seinen Einwendungen mit der Reichstagsauflösung durch Clara Jettin beschäftigte und im übrigen die kommunistische Idee propagierte. Landtagsabgeordneter Wagner ging in seinem Schlusswort auf diese Einwendungen ein und appellierte dann anshleßend an die Anwesenden, sich restlos für die Idee der nationalsozialistischen Bewegung einzusetzen, zum Wohl des Einzelnen und zum Wohl der Gesamtheit. Nach einer weiteren kurzen Aussprache des hiesigen Ortsgruppenführer fand die Versammlung gegen 12 Uhr ihren Abschluß. H 6.

Warnung vor Schwindler. In verschiedenen Zeitungen wurde bei Einwendung von 60 Pf. Portogebühren Auskunft über eine kostenlos zu erhaltende Ausstattung bei Eintritt in einen Verein junger Mädchen (Vereinshaus St. Vinzenz) versprochen. Es handelt sich hier um einen Betrüger, der inzwischen bereits verhaftet ist. Das Vereinshaus St. Vinzenz in Stuttgart hat mit dieser Sache nichts gemein.

Herabsetzung des Schulgeldes für die Landwirtschaftsschulen. Im Landtag ist folgende „Kleine Anfrage“ eingegangen: „Infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft gehen die Anmeldungen zum diesjährigen Winterkurs der Landwirtschaftsschulen sehr spärlich ein. Es wird auch über das verhältnismäßig hohe Schulgeld geklagt.“

Ist das Staatsministerium bereit, das Schulgeld über die Krisenzeit herabzusetzen? Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort. Dr. Ströbel, Stoß, Dr. Häder.“

Calw, 10. Oktober. Der Bezirksobstbauverein veranstaltete am Sonntag eine Obstausstellung in Breitenberg in der „Krone“. Die Besichtigung der Ausstellung war eine sehr gute. Es waren 40 Aussteller von Breitenberg und einige von Neuwelt und Oberfollwangen. Die Sortimente wurden von Oberamtsbaumwart Widmann und Baumwart Birkle in Breitenberg sehr schön zusammengestellt. Beteiligt waren hauptsächlich Sorten des Grundblasses in fast durchweg sehr schöner Qualität. Die beiden Sachverständigen von der Würt. Landwirtschaftskammer sprachen sich übereinstimmend sehr günstig über die reifen und gleichmäßigen Früchte aus und gaben ihr Urteil dahin ab, daß sich das ausgestellte Obst in jeder Beziehung mit dem Unterländer Obst messen könne und diesem sogar an längerer Haltbarkeit überlegen sei. Die Sortenbestimmung hatte am Samstag nachmittag Gartenbauwart Hiller übernommen. Bei der großen Zahl von Obstsorten war dies keine leichte Arbeit. Auch am Sonntag brachten die Obstzüchter noch sehr viele Sorten zur Bestimmung. In der Verammlung am Sonntagnachmittag, die von mindestens hundert Personen besucht war, hielt Landwirtschaftsamt Winkelmann einen sehr fesselnden und überzeugenden Vortrag über die Ausstellung und neue Wege im Obstbau. Die Versammlung wurde von dem Vereinsvorsitzenden, Oberpräzeptor Bauerle, geleitet. Zum Schluß sprach Bürgermeister Kübler allen Beteiligten den wärmsten Dank aus.

Unterreichenbach, 10. Oktober. Am Sonntagfrüh wollte ein junger Mann von hier mit dem Rad einen Ausflug in eine Weingegend machen. Er kam aber nicht weit, denn schon an der Eisenbahnunterführung fuhr er in voller Geschwindigkeit mit einem Kraftfahrzeug zusammen. Im hohen Bogen wurde der junge Unterreichenbacher auf die Straße geschleudert, wobei er nicht unerhebliche Kopf- u. o. p. v. e. r. l. e. h. u. n. g. e. n. davontrug. Der hiesige Arzt war rasch bei der Hand und verband den Verletzten. Das Rad ist vollständig in Trümmer gegangen.

Neuenbürg, 10. Oktober. Die älteste Bewohnerin unjener Stadt, Frau Justine L. u. h., geb. Schrägele, Sensenschmieds Witwe, vollendete am heutigen Tage ihr 88. Lebensjahr. Außer einzelnen Altersgebrechen ist die Hochbetagte noch munter und guter Dinge.

Serrenberg, 10. Oktober. Die 23jährige Hanna Schmidt fuhr in der Frühe des letzten Freitag auf ihrem Rad vorchristlichmäßig radteinwärts, am Eck der Gastwirtschaft zum „Waldhorn“ stieß sie mit dem von der Wilhelmstraße her, die Kurve scharf schneidenden Kraftwagen des Paul Schumann von hier zusammen. Sie wurde gegen die Windschutzscheibe des Wagens geschleudert. Die Scheibe zerplitterte und brachte der Unglücklichen schwere Schnittverletzungen bei. Im Krankenhaus, wohin sie sofort gebracht wurde, stellte der Arzt noch Kehlkopfverletzungen fest, denen sie nun in dieser Nacht erliegen wird.

Schwenningen a. N., 10. Oktober. Ein hiesiger arbeitsloser Mann stürzte in einem Walde auf Billinger Gemarlung beim Tannenzapfenaufleiten so unglücklich, daß er sich eine schwere innere Verletzung zuzog. Der Verunglückte wurde ins hiesige Krankenhaus transportiert, wo eine Milzzerreißung festgestellt wurde. Dem ärztlichen operativen Eingriff gelang es, den Mann am Leben zu erhalten.

Schramberg, 10. Okt. (40 Jahre Eisenbahn.) Am 8. Oktober waren es 40 Jahre her seit die Bahn Schramberg—Schildach ihren Betrieb aufgenommen hatte. Zu den ursprünglich bewilligten 800 000 RM kam eine Nachforderung von 600 000 RM, in der Hauptsache verursacht durch den Tunnelbau im Kirzberg mit 271 Meter Länge. Mit der Bahn Schildach—Schramberg können auch die Linien Kappel—Altensteig und Waldenburg—Künzelsau (Tagstrecke) auf ihr 40jähriges Bestehen zurückblicken. Das Schwarzwälder Tagblatt in Schramberg erinnert bei dieser Gelegenheit an weitere 40jährige Jubiläen: Erbauung des Postgebäudes, Einführung des Telefons mit acht Teilnehmern, sowie an die ersten Anfänge der elektrischen Beleuchtung in der Stadt durch die Firma Junghans.

Saighingen a. G., 10. Oktober. Ein hiesiger Handwerksmeister erlitt in seinem Betrieb einen schweren Unfall. Er war an der Fräsmaschine beschäftigt. Vermutlich war eines der beiden Messer etwas gelockert. Es sprang während des Arbeitsganges heraus und dem Meister wurden dabei drei Finger der rechten Hand abgeschnitten.

Stuttgart, 10. Okt. (Vom Landesgewerbemuseum.) Der Staatspräsident hat den Baurat Dr. Ing. Greif beim Landesgewerbeamt zum Vorstand der landwirtschaftlichen Abteilung des Landesgewerbemuseums unter Bestätigung der Amtsbezeichnung „Baurat“ ernannt. Ferner hat der Staatspräsident den Baurat Schumacher beim Landesgewerbeamt, Vorstand der Technischen Abteilung des Landesgewerbemuseums, zum Baurat bei diesem Amt ernannt.

Fahrt ins Blaue. Die Reichsbahndirektion ließ am Sonntag einen Sonderzug mit unbekanntem Ziel als eine „Fahrt ins Blaue“ ab. 500 Personen beteiligten sich daran. Die Fahrt ging nach Hesseental, Marzahn zur Comburg, Besichtigungen und Führungen in Hall, nach der Mittagspause fuhr der Sonderzug nach Neuenstein (Schloßbesichtigung) und zuletzt zur Weinprobe nach Weinsberg. Regen beeinträchtigte die Veranstaltung, die nach dem Vorbild anderer Reichsbahndirektionen aufgezogen war.

Tübingen, 10. Okt. (Geburtsdag.) Die frühere Königin, Herzogin Charlotte von Württemberg, vollendete am Montag in der Stille des Bebenhauener Schlosses ihr 68. Lebensjahr.

Ullingen, 10. Okt. (90 Jahre Gewerbeverein.) Am Samstag beging der Gewerbeverein sein 90jähriges Bestehen. Der Vorsitzende, Fabrikant Eugen Wagner, hielt die Festrede. Oberbürgermeister Dr. Lang von Langen sprach im Namen der Stadtverwaltung, Wirtschaftsminister Dr. Maier wies auf den großen Wert verständigen Zusammenarbeitens von Regierung und allen Erwerbsständen hin.

Ullingen, 10. Okt. (Gasvergiftung.) Am Samstag wurde der verheiratete Vertreter Emil Fahrion in einer Autogarage tot aufgefunden. Die sofort angestellten Wiederbelebungsvorläufe waren ohne Erfolg. Die Ursache des

Unglücksfalles ist darin zu suchen, daß Fahrion bei geschlossener Garage an einem Kraftwagen bei laufendem Motor gearbeitet hat und durch die ausströmenden Gase getötet wurde.

Neuhäusen O. A. Utsch, 10. Okt. (Vom Baum geschnitten.) Altamtwirt Jakob Reusch war mit dem Auspflanzen von Sämlingen beschäftigt und stürzte dabei so unglücklich vom Baum, daß er sich einen Oberschenkelbruch zuzog. Der Verletzte wurde von niemand gehört und mußte mehrere qualvolle Stunden an der Unglücksstätte liegen bleiben.

Göppingen, 10. Okt. (Obstdiebstahl.) Ein Göppinger Landwirt wurde wegen Obstdiebstahls in Haft genommen. Er hatte auf einer Wiese, die früher sein Eigentum war, aber durch den inzwischen bei ihm vorgekommenen Konkurs verpfändet gewesen ist, über 10 Zentner Äpfel geholt. Ein noch raffinierter ausgeführter Obstdiebstahl wurde in Salach ausgeführt. Dort drang ein bis jetzt unbekannter Täter in das Haus eines Bauern ein und entwendete eine größere Menge frisch gepflückter Äpfel und zwar hatte es der Dieb auf die beste Sorte abgesehen.

Geislingen a. St., 10. Okt. (Mineralwasser.) In Verfolgung der Geislinger Mineralwasserforschung hat am Samstag der bekannte Wasserforscher Studienrat Knobloch Heilbrunn festgestellt, daß im Stadtpark ein starkes Mineralwasservorkommen vorliegt, das erschließenswert sein dürfte.

Vom Ries, 10. Okt. (Getreidebauzeit 5000 Jahre.) Bei der Grabung in der steinzeitlichen Siedelung auf den Holzätern d. Herthelm im Ries, wurden in einer Herdgrube die Reste eines Topfes gefunden. Professor Dr. I. Größ-Berlin untersuchte die Ueberreste und erkannte feinzerriebene Getreidekörner. Die nach entsprechender Behandlung unter dem Mikroskop noch erkennbaren Zellen stammen sowohl von der Fruchtstiele wie von Stärkekörnern. Das Getreide bestimmte Professor Größ als Emmerform. Diese Weizenart, das Zweikorn, wurde also bereits im 3. Jahrhundert v. Chr. von den Menschen der jüngeren Steinzeit im Ries angebaut.

Deutkirch, 10. Okt. (Motorradunglück.) Gabriel Morent, Wirtsjohn von Rössee, wollte in Wangen die Zulassungsbescheinigung für sein soeben hier erworbenes Motorrad holen. Dabei kam anscheinend die Maschine ins Schleudern. Der Fahrer verlor dadurch die Herrschaft über sein Fahrzeug und stürzte so unglücklich, daß er auf der Stelle tot war.

Friedrichshafen, 10. Okt. (Zwangsvorsteigerung.) Am Samstag fand im Bezirksnotariat die Zwangsvorsteigerung des Filmpalastes statt. Die für diesen Zweck festgesetzte Schätzung betrug einschließlich Zubehör 40 000 RM, während sich die gemeinderätliche Schätzung auf 40 000 RM ohne Zubehör belief. Das Anwesen war mit 60 000 RM belastet, die erste Hypothek mit 30 000 RM war zugunsten der Gewerbank Friedrichshafen eingetragen, während die restlichen Hypotheken auf verschiedene Privatgläubiger entfielen. Das erste und einzige Angebot wurde von der Gewerbank in Höhe von 28 000 RM abgegeben. Der Zuschlag wird auf Antrag der Bank acht Tage später erteilt werden.

Friedrichshafen, 10. Okt. (Ausländisches Mostobst.) Täglich passieren circa 100 Eisenbahnwagen mit ausländischem Mostobst den hiesigen Bahnhof.

Herdlingen, 10. Okt. (Nach Brasilien.) Der Bezirkschuldirektor Karl Dittmer von hier wurde als Direktor der deutschen Gewerbeschule in Porto Alegre (Brasilien) und als Organisator des deutschen Gewerbeschulwesens im Staate Rio Grande do Sul berufen. Zu diesem Zweck wurde er für einige Jahre beurlaubt; die Ausrüstung erfolgt Ende November.

Zwei Faltschmünzwerfstätten in Stuttgart ausgehoben

Stuttgart, 10. Okt. Am Donnerstag wurden der 32 Jahre alte Schriftsteller Kurt Koshmann aus Stuttgart und die 47 Jahre alte geschiedene Wirtin- und Sprachlehrerin Ida Ruy bei der Verbreitung von falschen Fünfzigpfennigstücken festgenommen. Die Faltschmünzwerfstätte wurde in der Wohnung des Koshmann ausgehoben, wobei noch halbfertige und fertige Fünfzigpfennigstücke in großer Anzahl beschlagnahmt werden konnten. Die Täter, die geständig sind, hatten bei ihrer Festnahme erst mit der Verbreitung der Falschgeldstücke begonnen.

Ein zweiter Faltschmünzer in der Person des 20 Jahre alten arbeitslosen, ledigen Faltschmünzers Franz Bießing aus Augsburg, zur Zeit in Stuttgart wohnhaft, wurde am Samstag in Feuerbach bei der Verbreitung falscher Fünfzigpfennigstücke festgenommen. Er hatte dort bereits drei Falschgeldstücke abgesetzt. Die Faltschmünzwerfstätte konnte in seiner Wohnung ausgehoben werden, wobei noch über 20 falsche Stücke vorgefunden wurden. Bießing, sowie zwei weitere Mittäter, die in Ullingen festgenommen werden konnten, werden dem Richter vorgeführt.

Aus Baden

Forsheim, 10. Oktober. Gestern nachmittag wurde eine ältere Frau auf ihrem Hof auf dem Bahnhofsplatz von einem Buhurzt betroffen. Sie starb nach kurzer Zeit. Die Leiche wurde mit einem Lastkraftwagen nach Dillstein in die Wohnung der Bestorbenen überführt. — Am Samstagabend, kurz nach 8 Uhr, kreiste ein Forstheimer Kraftfahrzeug, der von Birkenfeld kam, zwischen Birkenfeld und Forsheim ein schlecht beleuchtetes Verkehrsmittel und kam dabei zu Fall. Der Fahrer verletzte sich nicht unerheblich im Gesicht. Das Kraftfahrzeug wurde sehr stark beschädigt, so daß es mit einem Handwagen weggeschafft werden mußte. Der Gestürzte scheint eine leichte Gehirnerschütterung erlitten zu haben.

Kniebis, 10. Oktober. Am Samstagnachmittag halb 3 Uhr ertönten auf dem badischen Kniebis die Feuerränge. Das große Anwesen des Wilhelm Schmid, Gasthaus und Bäckerei zum „Schwarzwald“, stand in Flammen. Durch den herrschenden großen Wassermangel war es der Feuerwehr unmöglich, den Brand wirksam zu bekämpfen. Es wurden deshalb die Löschrüge von Freudenstadt und Rippoldsau alarmiert. Durch den eminenten Wassermangel war an die Rettung des Brandobjektes nicht zu denken, die Hauptaufgabe der Feuerwehr war deshalb, den Brand zu lokalisieren und die benachbarten Gebäude zu schützen. Von

denen war hauptsächlich das Rathaus sehr in Gefahr. Auch das Blindenerholungsheim war zeitweise sehr gefährdet, konnte aber ebenfalls vor Schaden bewahrt werden. Die Ursache des Brandes ist folgende: Ein fünfjähriges Kind des Schmieds wollte auf der Bühne nach zwei schreienden Köhnen laufen. Da es aber anscheinend etwas dunkel war, streifte das Kind ein Streichholz an, mit dem es dann unvorsichtigerweise das Heu entzündete.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Absturz eines Förderkorbs — 19 Tote. In Leigh (Saskatchewan) ist in einem tiefen Bergwerk ein Förderkorb mit Infassen abgestürzt. Von den 20 Bergarbeitern kamen 19 ums Leben.

Flugzeugabsturz. Unweit Bromberg verunglückte auf dem Flug von Danzig nach Posen ein polnisches Sportflugzeug. Der Führer und seine Begleiterin wurden auf der Stelle getötet.

Unwetter in Nizza. Ueber Nizza entlud sich ein schweres Gewitter, das großen Schaden anrichtete. Die ganze Nacht hindurch folgte ein Wollenbruch dem anderen. Das Wasser stand vereinzelt einen Meter hoch. Zahlreiche Straßen gingen reichenden Gebirgsflüssen.

Segelflieger abgestürzt und schwer verletzt. Bei einem Segelflug über dem Flugplatz Lohausen bei Düsseldorf stürzte der Jungflieger Oswald aus etwa 30 Meter Höhe ab. Die Maschine kam auf den Kopf zu stehen. Oswald erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Brandkatastrophe in Norwegen. Die norwegische Stadt Nordheimund, 90 Kilometer von Bergen am Hardanger Fjord, ist zum großen Teil niedergebrannt. Die meisten niedergebrannten Gebäude waren aus Holz und größtenteils Geschäftshäuser mit darüber gelegenen Wohnungen. Alle Holzwarenfabriken sind ebenfalls ein Opfer des Brandes geworden. Ein großer Teil der Bevölkerung ist obdachlos und wird vorläufig in Bergen Wohnung nehmen müssen.

Abstürze im Wilden Kaiser. Im Wilden Kaiser stürzten zwei Touristen tödlich ab. Der 22 Jahre alte Student der Technik, Karl Mordan aus Salzburg und der 32 Jahre alte Lehrer Ludwig Hall aus Offenburg i. Baden unternahm eine Besteigung der Fleischbank-Ötzwand. Hall geriet ins Rutschen und riß dabei seinen Vordermann am Seil mit. Beide stürzten etwa 60 Meter tief ab und waren sofort tot.

Kleinigkeiten in Bayern. Vom 15. September bis 8. Oktober sind in Bayern insgesamt 4774 Arbeiter und 45 Angestellte neu eingestellt worden.

Sühne für den Bombenanschlag auf den Kaiser von Japan. Der Koreaner, der am 8. Januar ein Bombenattentat auf den Kaiser von Japan verübt hatte und zum Tode verurteilt worden war, ist jetzt hingerichtet worden.

Verbot einer nationalsozialistischen Zeitung. Die nationalsozialistische Zeitung „Volksparole“ in Düsseldorf wurde wegen eines Artikels, der sich in beleidigender Form gegen die Regierung wendet, für die Zeit vom 10. bis 19. Oktober verboten.

Haftbefehl gegen einen Berliner Bankier. Vom Betrugsmangrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte wurde gegen den Bankdirektor Heinrich Dietrichs und den Bärenmakler Robert Cohn, Haftbefehl wegen Diebstahls erlassen. Die Genannten werden beschuldigt, 410 000 RM. in bar über die Grenze ins Ausland gebracht zu haben.

Humor

Unterschied. Ledmann: „Denk Dir, wenn ich abends schwarzen Kaffee trinke, kann ich nicht einschlafen.“ Meier: „Bei mir ist das umgekehrt, wenn ich abends einschlafe, kann ich keinen schwarzen Kaffee trinken.“

Im Gefängnis. Gefängnisdirektor: „Als Strafverschärfung erhält der Beamtenrat auf Belle 719 täglich drei Brotwürste.“

Mit einer Ausnahme. „Sagen Sie mal, Herr Tischbein, hat denn eigentlich Ihre Frau immer das letzte Wort?“ — „Oh, das kann ich nicht behaupten — manchmal schläft sie abends früher ein als ich!“

Letzte Nachrichten

Preiserhöhung für Autotreibstoffe

Berlin, 10. Oktober. Für alle Autotreibstoffe tritt ab morgen eine Preiserhöhung um 2 Pfennig je Liter für das ganze Reichsgebiet in Kraft. Künftig werden z. B. in Berlin die Literpreise für Benzin 35 Pfennig, für Gemische 39 Pfennig und für Benzol 46 Pfennig betragen. Für Hamburg lauten die entsprechenden Preise 34, 38 und 45 Pfennig. Für Breslau und München 38, 42 und 48 Pfennig und für Köln 37, 41 und 47 Pfennig.

Das Wahlergebnis in Eupen und Nameditz

Brüssel, 10. Oktober. Die belgischen Gemeindevahlen zeigen im ganzen einen eindeutigen Sieg der Sozialistischen Partei. Sie konnte 52 absolute Mehrheiten neu erobern. In den ehemaligen deutschen Gebieten Eupen und Nameditz läßt sich das Wahlergebnis noch nicht in allen Einzelheiten übersehen. Man kann aber schon jetzt mit voller Sicherheit behaupten, daß die Wähler nahezu ausschließlich den Parteien ihre Stimme gaben, die sich eine neue Volksbefragung zum Ziele gesetzt haben.

Sprengstoffanschlag gegen eine Kirche

Mchaffenburg, 10. Oktober. Der bereits im Mauerwerk fertig gestellte 20 Meter hohe Turm der neuen evangelischen Paulus-Kirche war am 6. d. M. eingestürzt. Wie die „Mchaffener Zeitung“ jetzt meldet, ist heute vormittag bei den Aufräumungsarbeiten eine Stelle entdeckt worden, an der eine Sprengstoffladung angebracht war. Man fand noch ein Stück unverbrauchte Zündschnur, sowie Sprengkapseln.

Blutige Familientragödie in Bochum

Bochum, 10. Oktober. Zwischen einem Kaufmanns Ehepaar entstand heute vormittag ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der Ehemann seine Frau durch Hiebe mit Bierflaschen zu Boden schlug. Daraufhin zog er seine Wirtin und rief sein dreieinhalbjähriges Söhnchen zu sich. Bevor anwesende Hausbewohner ihn hindern konnten, erschoss er das Kind und gab auch auf seine Frau einen Schuß ab. Er richtete sodann die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Kopfschuß. Die Frau liegt hoffnungslos darnieder.

Die Sowjetfahne auf einer Meher Kaserne

Paris, 10. Oktober. Die kommunistische „Humanité“ berichtet, daß am 7. Oktober von Refektoristen, die aus dem Militärdienst schieden, auf der Kaserne des 3. Infanterie-Bataillons von Metz die Sowjetfahne gehißt worden sei. Die Refektoristen hätten in geschlossenem Zuge die Kaserne unter dem Gejang der Internationale verlassen.

49 Zuschauer eines Fußballwettkampfes verletzt

Messina, 10. Oktober. Ein schwerer Unfall ereignete sich hier gestern bei einem Fußballwettkampf im Neuen Stadion. Zahlreiche Zuschauer hatten sich auf den Dächern der an das Stadion grenzenden Gebäude eingefunden, um dem Spiel beizuwohnen. Plötzlich stürzte ein Schuppen ein, dem sich etwa 250 Personen befanden. 49 Personen wurden verletzt; sechs von ihnen schwer.

Gefordert

Ragold: Heinz Bahlinger, Sohn des Hauptlehrers Bahlinger.
Oberhaugstett: Katharine Dengler geb. Walz.

Wetter für Mittwoch

Nach Durchzug eines Ausläufers einer westlichen Depression ist das Barometer wieder im Steigen begriffen. Für Mittwoch ist aber immer noch vielfach bedecktes und veränderliches Wetter zu erwarten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. P a u l.
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Wer lindert die Not? Die Konsumgenossenschaften!

Werdet Mitglied!
Konsum- und Sparverein Nagold und Umgegend
e. G. m. b. H.

Brune Haare nicht färben!

Durch einfaches Einreiben mit „Levana“ erhalten Sie Ihre Jugendfarbe und Frische wieder. Bestes Haarpflegemittel, auch gegen Schuppen und Haarausfall garantiert unschädlich. Gibt keine Flecken und Mißfarben, wurde mit der goldenen Medaille ausgezeichnet. Glänzende Dankschreiben. — Auskunft kostenlos.

Maria Ladener Witwe, Stuttgart, Langestraße 22
Spezialistin für Kosmetik.
Am Donnerstag, den 13. Oktober bin ich wieder in Nagold im Gasthof zum „Löwen“ von 9 bis 6 Uhr abends.

Ohne Messer

ohne Blutung, ohne Narbe zu hinterlassen, entferne ich für immer schmerzlos Hauterkrankungen, Wattermale, Leberflecken, Einsen, Warzen, Pickel, lästige Haare jeden Schönheitsfehler. — Miteiser, Gefäßstörungen, Sommerprossen, Kopfschmerzen, Hühneraugen
Beliebte erhalten sichere Hilfe durch erprobte und bewährte Methode. Keine 20jährige Tätigkeit garantiert sicherste Erfolge.
Geprüft 1912 von Dr. med. Kapp, Berlin.

Zur Anfertigung von
Verlobungs-Karten
und
Verlobungs-Briefen
sowie
Hochzeits-Karten
empfiehlt sich die
W. Rieker'sche Buchdruckerei
Altensteig

Ea. 25 Festmeter
Langholz
2., 3. und 4. Klasse, hat zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Pergamentpapier
empfiehlt die
Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold.

Kammerjäger Fiand
kommt die nächsten Tage nach hier und Umgebung und vertilgt Ratten, Mäuse, Wanzen, Schwaben, Ruffen, sowie sonstiges Ungeziefer unter schriftlicher Garantie. Best. bitte gefl. durch die Geschäftsstelle des Blattes.

Altensteig.
Zur Bedarfszeit
empfehle:
Gelbe Schwefelschnitten
Faß-Anschlitt in Gläser
Faß- u. Flaschenkorke
in verschiedenen Größen
Ehr. Burghard jr.

Ein gutes
Mostfaß
700 Liter haltend, verkauft
Jacob Waldsch, Zwerenberg.
Komme morgen von 1/2 8
Uhr ab bis 11 Uhr mit
Tomaten, Obst
und Gemüse
Frau Reck.

Tausche Düngemittel gegen Hafer
M. Schierke, Altensteig, Telefon 101

Weit über 150 000
Bruchleidende
tragen das seit mehr als 20 Jahren erprobte
Spranzband ges. gesch.
kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge.
Sehen Sie sich bitte mein neuestes, wesentlich-verbessertes Modell D. R. P. 542 127 an. Mein Vertreter ist mit Mustern kostenlos zu sprechen
am Donnerstag, 13. Oktober
in Nagold im Hotel Post von 1/2 11—1/2 1 Uhr
in Altensteig im Gasthof „Grüner Baum“ von 1—3 Uhr
Der Erfinder und alleinige Hersteller:
Hermann Spranz, Unterhochten Würtl.
Dankschreiben: Durch Tragen Ihres Spranzbandes bin ich von meinem Bruchleiden geheilt worden. Ich brauche kein Band mehr. Allen Bruchleidenden möchte ich es nur bestens empfehlen.
Leonhard Kircher, Landwirt, Starkholzbach OA. Hall.

In unserem Schaufenster sehen Sie seit einigen Tagen eine
elektrische Schreibmaschine
ausgestellt. Eine außerordentliche Leistungsfähigkeit entwickelt diese so leicht und schnell arbeitende Schreibmaschine. Lassen Sie sich die Maschine ganz unverbindlich von uns vorführen. Daneben finden Sie in unserem Schaufenster die
Mercedes-Expres-Schreibmaschine
„ Favorit- „
„ Klein- „
„ Schreibbuchmaschine
Die Anschaffung ist heute denkbar bequem. Verlangen Sie bei Interesse unser Angebot.
Buchhandlung Lauk, Altensteig.

Badartikel für die Kirchweih!

ff. Auszugsmehl 00 5 Pfd. 1.25	Spezial 0 Mehl 5 Pfd. 1.15
reines Rotosfett 3 Tafeln 1.-	feinstes Rotosfett 1. Qualität 2 Pf. -.45
Schweineschmalz am. Pfd. -.58	deutlich Schweineschmalz Pfd. -.64
Tafel-Margarine Pfd. -.42	Sultaninen 1/4 Pfd. von -.15
Mandeln 1/4 Pfd. -.32	Haselnüsse 1/4 Pfd. -.28
Neue Zwickeln Pfd. -.08	Palmin, Canella sämtliche Badgewürze

LUGER Spezialhaus für
Lebensmittel / Altensteig.